

Die schlimmste Bedrohung der Schweiz

Autor(en): **L.R.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **12 (1918)**

Heft 5

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-134326>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ihre Kenntnis bloß aus ihrem Leitblatt geschöpft hatten. Auch wir bilden uns nicht ein, daß wir den ganzen Sinn und Zusammenhang der heutigen Weltpolitik verstünden oder über all ihre einzelnen Hauptprobleme ein einigermaßen sicher begründetes Urteil hätten. Aber man darf uns glauben, daß wir daran ein großes Studium gewendet haben. Auch ist uns manche für die Beurteilung der Menschen und Ereignisse entscheidend wichtige Erkenntnis aus Quellen zu Teil geworden, die nicht jedermann zugänglich waren. Man darf es uns nicht als Hochmut auslegen, sondern bloß als Verteidigung, wenn wir darauf hinweisen, daß unsere wesentlichen politischen Urteile in diesen Jahren nicht zuschanden geworden sind. Gewiß können wir uns in Nebensachen und Hauptsachen geirrt haben. Wir werden es eingestehen, sobald wir es erkennen sollten. Gewiß haben auch uns im Verlaufe dieses furchtbaren Ringens, in dem wir auf Seiten des schlechter weggekommenen Teiles standen, etwa die Wellen der Leidenschaft überflutet, aber im Großen und Ganzen haben wir nicht der Leidenschaft gehorcht, sondern dem Wissen und Gewissen.

Es soll mit alledem nicht gesagt werden, daß Andere die Dinge mit unsern Augen ansehen müßten, aber daß wir für unsere Stellung das Vertrauen und die Achtung in Anspruch nehmen dürfen, die jede freie, ernsthafte und begründete Ueberzeugung verdient. Wir dürfen dies umsomehr tun, als wohl niemand wird behaupten dürfen, daß sie leicht sei oder uns zum persönlichen Vorteil gereiche. Sie ist vielmehr teuer erkauft und geht zum guten Teil gegen Fleisch und Blut. Wir konnten und können wirklich nicht anders.

Nach dieser grundsätzlichen Klarstellung gehen wir zu den einzelnen Fragen über.

L. Magaz.

(Fortsetzung folgt.)

Die schlimmste Bedrohung der Schweiz.

Die Schweiz ist in diesen Wochen durch die schwerste Krise gegangen, die sie seit dem Zusammenbruch der alten Eidgenossenschaft erlebt. Es handelt sich zum Teil um offene Gefahren, die jedermann sehen kann, der Augen hat, zum Teil aber auch um verborgene, die damit im Zusammenhang stehen und die nur kleineren Kreisen bekannt sind. Eine gewaltige, skrupellose, mit satanischen Mitteln arbeitende Macht ist daran, die Schweiz zu verderben, indem sie sie zum Werkzeug ihrer Pläne zu machen strebt. Wenn wir dies sagen, so ist es nicht eine aus Furcht oder Haß entsprungene Gespensterei, sondern eine festgestellte, auf zum Teil freilich nicht jedermann bekannten, zum Teil aber sonnenklaren Tatsachen ruhende Behauptung.

Noch nie während des ganzen Krieges haben wir die tödtliche

Bedrohung der Schweiz so mit Händen greifen können wie bei einigen bestimmten Erlebnissen der letzten Zeit. Trotzdem ist es unser Glaube, daß wir gerettet werden könnten. Es wäre dazu nur Eines nötig: Mut und abermals Mut! Nun müßte inmitten unseres Volkes und vor allem bei seinen Lenkern etwas von dem Geiste vorhanden sein, der Sanherib vor den Mauern Jerusalems zuschanden machte. Dazu wäre aber Glaube nötig, Glauben nicht an die großen Kanonen und großen Bank- und Industriekonzerne, sondern an Gott und die Macht des Geistes. Statt dessen regiert uns (so müssen wir ja sagen) ein Geschlecht, das im entgegengesetzten Geiste groß geworden ist. Wir haben eine Anzahl Männer am Steuer der Schweiz, deren Kurs wir nicht trauen dürfen, weil wir fürchten, daß er an falschen Sternen orientiert sei und an einem falschen Kompaß. Wir haben eine Presse, die, von einigen Ausnahmen abgesehen, den politischen und moralischen Tiefpunkt erreicht hat. Wir haben eine zwar nach und nach zur Wahrheit erwachende, aber noch nicht genügend klar orientierte und aktionsfähige öffentliche Meinung. Was ist da zu hoffen?

Sicherlich ist eine schweizerische Erneuerung im Werke. Das beweisen eine Fülle von Zeichen. Eine bessere Schweiz ist im Kommen, ja, sie ist schon da. Aber noch herrscht die andere und die Frage ist, ob diese uns in den Abgrund ziehen oder jene uns retten wird. Oder wird vielleicht beides geschehen?

Jedenfalls wäre das Gebot der Stunde, daß im Angesicht der uns bedrohenden offenen und versteckten Gefahren alle guten Geister sich aufmachten, um die Schweiz zu retten. Statt dessen aber scheinen wir in das Zeichen der Verblendung zu geraten, das eine Katastrophe prophezeit. Dazu rechnen wir neben der Politik der Herren Schulthess und Laur und den damit verwandten Erscheinungen (in deren Mittelpunkt die Lebensmittelfrage steht) besonders die Behandlung des Fremdenproblems. Wir gehören gewiß zu denen, die die ganze Furchtbarkeit der Gefahr, die unserm Volke von der Ueberschwemmung durch fremdes Wesen droht, eingesehen und verkündigt haben. Alle richtig orientierten Maßregeln zur Eindämmung dieser verheerenden Flut hätten von vornherein unsern Beifall. Aber was uns beelendet, ist die Erfahrung, daß man nun genau das tut, was man nicht tun sollte, und nicht tut, was man tun sollte. Statt all jenen Agenten, Spionen, Wucherern auf den Leib zu rücken, die unser Land wie ein böses Ungeziefer verheeren, wendet man sich ausschließlich gegen die Refraktäre und Deserteure. Das ist der Sinn jener „Pfahlbürger-Petition“, der der Bundesrat schon vor ihrer Einreichung durch seinen traurigen Beschluß in Sachen der fremden Refraktäre und Deserteure Folge gegeben hat. Wir möchten uns allen Protesten dagegen von Herzen anschließen. Noch einmal wiederholen wir, was wir hier schon öfters ausgeführt haben: Diese Refraktäre und Deserteure sind im allgemeinen eine unserer geringsten Gefahren. Als solche, die doch sicherlich die antimilitaristische Bewegung

in der Schweiz einigermaßen kennen, müssen wir erklären, daß diese Refraktäre und Deserteure darin eine ganz nebensächliche Rolle spielen. Eine andere Frage ist, ob sich unter ihnen sittlich und politisch zweifelhafte Elemente anderer Art in größerer Zahl finden. Solche scheinen namentlich die Welschen im Auge zu haben, wenn sie sich für die „Pfahlbürger-Petition“ einsetzen. Aber solche möge man mit unseren vorhandenen Gesetzen fassen, sie allenfalls auch ausweisen, falls nichts anderes übrig bleibt, nur verwechsle man Lumperei, wie sie überall vorkommt, nicht mit der antimilitaristischen Bewegung. Diese wird nicht durch die Refraktäre und Deserteure gemacht. Sie erwächst ganz von selbst aus der heutigen Lage und es ist bloß die bekannte Geistlosigkeit, die sie zum Werk einiger besondern Menschen macht. Denket zum Beispiel Platten und Münzenberg weg und ihr werdet deswegen nicht weniger, vielleicht sogar eher mehr Antimilitarismus haben. Aber es ist dem Philister bequemer, über ein paar Sündenböcke zu schimpfen, als die wahren Ursachen des Antimilitarismus aufzusuchen.

Dabei spielt eine große Unehrllichkeit mit. Der ganze Vorstoß ist im Grunde nicht gegen die Fremden und nicht einmal gegen die Antimilitaristen, sondern gegen die Arbeiterschaft gerichtet. Den Sack schlägt man, den Esel meint man. Das ist nun aber gerade in diesen Zeiten ein direkter Frevel. Denn wenn in der heutigen Lage der Schweiz irgend etwas nötig ist, dann sicherlich die Unterlassung jeglicher Provokation der sozialistischen Arbeiterschaft. Solche bringt die Gefahr des Bürgerkrieges unmittelbar mit sich, dieser aber die einer fremden Intervention in irgend einer Form. Wir glauben zu wissen, daß jene Macht, von der wir geredet haben, auf den Ausbruch von Unruhen, wenn möglich von Revolution, in der Schweiz förmlich hinarbeitet. Auch die Arbeiterschaft ist davon unterrichtet. Wenn sie vorläufig den Generalstreik unterlassen und am ersten Mai sich musterhaft gehalten hat,¹⁾ so war daran keineswegs bloß das Gefühl mangelnder Macht oder die Angst vor dem Militäraufgebot schuld, sondern auch die Rücksicht auf jene Gefahr für das Land. Die Militäraufgebote für den ersten Mai aber sind in der Form, worin sie erfolgten, auch ein Ausfluß jener Verblendung gewesen. Es zeigt sich in solchen Erscheinungen, was der Patriotismus gewisser Leute wert ist. Wo Partei und Geldsack in Frage kommen, ist ihnen das Schicksal der Schweiz gleichgiltig. Wir fürchten, es gebe unter uns eine Anzahl Leute, die gewisse Ereignisse geradezu herbeiführen möchten. Vor ihnen in erster Linie seid auf der Hut, Alle, die ihr die Schweiz retten möchtet! Von ihnen werden wir Rechenschaft fordern, wenn Unheil kommen sollte!

Es liegt aber in diesem Vorgehen gegen die Refraktäre und Deserteure auch in anderer Beziehung ein Verrat gegen die Schweiz.

¹⁾ Der Streik der Zürcher Tramangestellten, der eine Sache für sich ist, verlief in aller Ruhe.

Wenn wir ein Daseinsrecht behalten wollen, so müssen wir ein Asyl Europas sein, ein Hort der Freiheit und Menschlichkeit. Wir leben ferner davon, daß die heutige Kriegs- und Gewaltordnung durch eine Rechts- und Friedensordnung ersetzt wird. Wenn wir nun aber Menschen, die, jener Kriegs- und Gewaltordnung entfliehend, sich dem Asyl Europas nähern, wieder zurücktreiben, in Kerker und Tod, dann verzerzen wir unser Lebensrecht. Möchten Achte von Zehnen durch geringwertige Beweggründe getrieben sein, die zwei Andern würden uns zu Anklägern vor dem Tribunal der Geschichte. Eine Schweiz, die ein engherziges Philisterländchen ist, verdient nicht zu leben. Grütli, nicht Seldwyla, Tells Armbrust und nicht Geylers Hut sind die Zeichen, die die Schweiz retten.

Es liegt uns daran, diese Dinge stark und klar zu sagen. Als solche, die besonders laut den Warnruf gegen die Fremdengefahr erhoben haben, erklären wir, daß dieser Weg nicht der unsrige ist, sondern ungefähr das Gegenteil davon. Das Vorgehen gewisser Kreise ist vielmehr der Mißbrauch einer guten Sache im Dienste der Partei und der traurigsten Herzensengigkeit. Wir bedürfen einer Reinigung der Schweiz von fremder Propaganda, fremder Annäherung, fremden Intriguen, fremden Beschmutzungen, aber auch von schweizerischer Borniertheit und Selbstsucht; wir bedürfen größerer, nicht kleinerer Gedanken; wir bedürfen nicht des Pfahlbürgergeistes, sondern des Pfingstgeistes.

L. N.

Rundschau.

Zum jüngsten Bundesratsbeschluss. (Eingesandt an alle größeren Schweizerzeitungen.) Am 6. Mai hat der Bundesrat den Beschluß gefaßt, ausländischen Deserteuren und Refraktären den Eintritt auf Schweizerboden zu verwehren und solche, denen es trotzdem gelingen sollte die Grenze zu überschreiten, wieder dahin zu befördern, woher sie gekommen sind.

Folgende Erwägungen haben offenbar dabei den Bundesrat geleitet: A. Erwägungen sittlicher Art: 1. Die Minderwertigkeit der durch Fahnenflüchtige importierten Gesinnung, die auf eine allzu rücksichtsvolle Behandlung seitens eines zivilisierten Gemeinwesen nicht wohl Anspruch habe. 2. Die steigende Gefährdung unserer öffentlichen Ordnung durch revolutionäre Elemente, die ja bekanntlich meistens Deserteure sind. 3. Die Ungerechtigkeit, die in der Besserstellung fremder — gegenüber den eignen Dienstverweigerern läge. B. Eine Erwägung praktischer Art: Die drohende Hungersnot, aus der sich die Forderung ergibt, lästige Kostgänger aus dem Volkskörper auszuschneiden. (Der Verdacht, es habe der Bundesrat nicht nur dem Drucke des eigenen